



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Park- und Verkehrsausschusses**

**am 20.05.2010**

## **Anwesend**

### **- Vorsitz**

Reichel, Wolfgang

### **- Mitglieder**

Eder, Katrin

Flegel, Sabine Urkundsperson

Helm-Becker, Ansgar

Kinzelbach, Martin Urkundsperson

Koppius, Walter ab 16.20 h (TOP 5) anwesend

Schäfer, Herbert Vertreter für Herrn Thomas Gerster

Walter-Bornmann, Gerhard

### **- Schriftführung**

Diehl, Michael

## **Entschuldigt fehlen**

### **- Mitglieder**

Gerster, Thomas

# Tagessordnung

## a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 9

## b) öffentlich

2. Antrag Nr. 1193/2008 Ausbau des Mainzer Straßenbahnnetzes
3. Antrag Nr. 130/1994 der CDU-Stadtratsfraktion
4. Antrag Nr. 206/2005 der CDU-Stadtratsfraktion sowie Änderungsanträge von SPD und FDP
5. Antrag 0890/2008 der FDP-Stadtratsfraktion; City-Fahrrad für Mainz
6. Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung
7. Ausweitung der Bewohnerparkzone O1
8. Einwohnerfragestunde
9. Mitteilungen

## c) nicht öffentlich

10. Ausweitung von "Bewohnerparken in Mainz"
11. Umgestaltung Bahnhofstraße
12. Mitteilungen

Herr Beigeordneter Reichel begrüßt alle Anwesenden, die Verwaltung sowie die Vertreter der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) und eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung des Park- und Verkehrsausschusses mit der Feststellung, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Aufgrund weiteren Beratungsbedarfs wird der TOP 6 (Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung) zurückgestellt; der TOP 10 (Ausweitung von 'Bewohnerparken in Mainz') wird abgesetzt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der TOP 5 (City-Fahrrad für Mainz) im Anschluss an den TOP 2 beraten. Gegen die abgeänderte Tagesordnung werden keine Einwände vorgebracht. Als Urkundspersonen werden Frau Flegel (CDU) und Herr Kinzelbach (SPD) benannt. Es erfolgt sodann der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

**Punkt 2**                    **Antrag Nr. 1193/2008 von Bündnis 90/Die Grünen und Änderungsantrag der CDU;**  
**Ausbau des Mainzer Straßenbahnnetzes**  
**Vorlage: 0832/2010**

Herr Beigeordneter Reichel erläutert die Vorlage.

Der Park- und Verkehrsausschuss empfiehlt sodann **einstimmig** dem Stadtrat, den Antrag Nr. 1193/2008 der Stadtratsfraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* sowie den Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zu erledigen.

**Punkt 5**                    **Antrag 0890/2008 der FDP-Stadtratsfraktion; City-Fahrrad für Mainz und Kooperationsvereinbarung für Aufbau und Betrieb eines "Innovativen öffentlichen Fahrradverleihsystems zwischen MVG und Stadt Mainz**  
**Vorlage: 0833/2010**

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Die FDP-Stadtratsfraktion hatte zur Stadtratssitzung am 03.09.2008 den Antrag gestellt, die Verwaltung solle die Möglichkeiten zur Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems prüfen.

Im April 2009 wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein Wettbewerb zur Durchführung eines bundesweiten Modellvorhabens "Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme - neue Mobilität in Städten" ausgeschrieben.

Der Park- und Verkehrsausschuss der Stadt Mainz beschloss in seiner Sitzung vom 28.05.2009, die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) mit diesem Modellprojekt zu betrauen. Die MVG und die Stadt Mainz haben sich gemeinsam an der Ausschreibung beteiligt und am 10.08.2009 unter 44 Teilnehmerstädten den ersten Preis gewonnen. Neben dieser Auszeichnung wurde der MVG vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine finanzielle Förderung des geplanten Konzeptes zugesagt, die für die Zeit vom 01.10.2009 bis 30.09.2012 befristet ist. Der Stadtrat der Stadt Mainz hat in seiner Sitzung vom 23.09.2009 dem Modellversuch "Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme" zugestimmt.

Die zu beschließende Kooperationsvereinbarung zwischen der MVG und der Stadt Mainz gibt die "Spielregeln" für die Einführung und die Verortung der Stationen im öffentlichen Straßenraum vor.

Ergänzend hierzu teilt Herr Erlhof (MVG) den aktuellen Sachstand mit:

Der rechtskräftige Bescheid ist vor drei Wochen eingegangen. Das Ergebnis der Ausschreibung wird zurzeit ausgewertet. Herr Erlhof sagt zu, die Verwaltung dahin gehend auf dem Laufenden zu halten. Auf die Frage von Herrn Konrad (Vertreter des Seniorenbeirates) beläuft sich die Fördersumme auf 1,89 Mio. €. Insgesamt sind ca. 120 Stationen geplant. Herr Erlhof betont, dass es sich bei der Förderung um eine Anschubfinanzierung handele.

Der Park- und Verkehrsausschuss empfiehlt sodann **einstimmig** entsprechend dem Beschlussvorschlag.

**Punkt 3**                    **Antrag Nr. 130/1994 der CDU-Stadtratsfraktion**  
**Baurecht für eine Zweite Stadtbrücke zwischen Mainz und Mainz-Kastel**  
**bzw. Mainz und Mainz-Amöneburg**  
**Vorlage: 0825/2010**

Herr Beigeordneter Reichel führt aus, dass die im Flächennutzungsplan dargestellte Straßenbrücke über den Rhein nördlich des Zoll- und Binnenhafens den ersten Schritt für die Schaffung eines Baurechtes darstelle. Im Rahmen des ab 2005 laufenden Gutachterverfahrens "Masterplan Zoll- und Binnenhafen Mainz" hatte sich jedoch gezeigt, dass diese Vorgabe zu Konflikten mit der Zielsetzung einer hochwertigen Quartierserschließung des Zoll- und Binnenhafens führt. Es wurde daher festgelegt, dass die Brücke an dieser Stelle im Rahmen dieses Gutachterverfahren nicht weiter berücksichtigt werden solle. Alternative Optionen einer Querung im Bereich der Kaiserbrücke gestalteten sich zwar schwierig, seien dennoch im Hinblick auf heute nicht absehbare langfristige Entwicklungen nicht ausgeschlossen. Deshalb sei vorgesehen, die zweite städtische Rheinbrücke im Flächennutzungsplan weiterhin darzustellen.

Auf die Frage von Herrn Walter-Bornmann nach dem Standort der Alternativtrasse gibt Herr Ingenthron dem Ausschuss zur Kenntnis, dass aufgrund der noch nicht vorgenommenen Prüfung aktuell keine Erkenntnisse vorlägen. Herr Helm-Becker weist darauf hin, dass auch in Wiesbaden mittlerweile andere infrastrukturelle Planungen/Änderungen existieren könnten.

Der Park- und Verkehrsausschuss empfiehlt sodann **einstimmig** dem Stadtrat, den Antrag Nr. 130/1994 der CDU-Stadtratsfraktion in fünf Jahren erneut aufzurufen.

**Punkt 4**                    **Antrag Nr. 206/2005 der CDU-Stadtratsfraktion sowie Änderungsanträge von**  
**SPD und FDP**  
**Neubau der Schiersteiner Brücke und Auswirkungen auf den Verkehr in**  
**Mainz**  
**Vorlage: 0831/2010**

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage:

Im Jahr 2005 wurde seitens der Landesstraßenverwaltungen von Hessen und Rheinland-Pfalz festgestellt, dass ein Neubau der Schiersteiner Brücke unumgänglich werden wird.

Aufgrund des derzeitigen Erhaltungszustandes wird die Schiersteiner Brücke voraussichtlich ab 2015 die Anforderungen an die Verkehrssicherheit nicht mehr erfüllen. Eine dauerhafte Grundinstandsetzung der Schiersteiner Rheinbrücke ist technisch und wirtschaftlich nicht vertretbar. Die Auswirkungen auf den städtischen Verkehr halten sich während der Bauzeit jedoch in Grenzen.

Da die künftige "zweite" Hälfte der Schiersteiner Brücke als separates Bauwerk errichtet wird, können der bestehende Brückenteil und damit die Rampen praktisch während der gesamten Bauzeit in Betrieb bleiben. Für die vier Auf- und Abfahrtsrampen Richtung Wiesbaden gibt es voraussichtlich keine nennenswerten Einschränkungen, da diese nur unwesentlich verändert werden.

Herr Walter-Bornmann fragt an, ob beim Bau der zweiten Stadtbrücke die alte Brücke überflüssig werden wird. Herr Beigeordneter Reichel führt aus, dass dies von verschiedenen Faktoren abhängt, zurzeit jedoch keine Aussagen dahin gehend möglich seien.

Der Park- und Verkehrsausschuss empfiehlt sodann **einstimmig** dem Stadtrat, den Antrag Nr. 206/2005 der CDU-Stadtratsfraktion sowie die Änderungsanträge der SPD- und FDP-Stadtratsfraktion zu erledigen.

**Punkt 6**                    **Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung**  
**Vorlage: 0820/2010**

Der TOP/die Vorlage wird zurückgestellt.

**Punkt 7**                    **Ausweitung der Bewohnerparkzone O1**  
**Vorlage: 0839/2010**

Herr Beigeordneter Reichel und Frau Klein erläutern die Vorlage u. a. anhand einer Powerpointpräsentation.

Mit Einführung der neuen Bewohnerparkgebiete O 2 und O 3 in der Oberstadt zum 01.05.2010 hat sich die Situation in den bisher noch nicht geregelten Bereichen der angrenzenden Straßen durch Verdrängungsverkehr weiter verschärft. Auf diese Verdrängung und den daraus resultierenden weiteren Regelungsbedarf wurde bei der Vorlage der Gebiete O 2/O 3 in dem Ausschuss sowie dem Ortsbeirat bereits hingewiesen.

Gleichzeitig wird infolge der fortschreitenden Grabungsmaßnahmen der Stadtwerke und der KMW im Bereich "An der Philippschanze" und die dadurch temporär entfallenden Stellplätze aktuell die Parksituation für die Anwohner extrem verschärft.

Der Ortsbeirat hat deshalb in seiner Sitzung am 28.04.2010 einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen beschlossen und die Verwaltung aufgefordert, schnellstmöglich zu handeln und das vorhandene Bewohnerparkgebiet O 1 zu erweitern.

Die Verwaltung erarbeitet daher eine Konzeption, die formal zum 01.07.2010 umgesetzt werden soll. Sie entspricht im Wesentlichen dem Vorschlag des Ortsbeirates und ist Teil des Gesamtkonzeptes zum Bewohnerparken Mainz, wie im Stadtrat am 10.02.2010 beschlossen.

Für die am stärksten belasteten Bereiche im dichten Umfeld "An der Philippschanze" hat die Verwaltung darüber hinaus eine unbürokratische Lösung entwickelt, die die dort entstandenen Probleme bis zur offiziellen Erweiterung der Bewohnerparkzone entschärft.

Der Park- und Verkehrsausschuss empfiehlt sodann **einstimmig** dem Stadtrat, der Erweiterung des Bewohnerparkens Oberstadt O 1 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

## **Punkt 8**            **Einwohnerfragestunde**

Herr Kittler (Forum Umwelt und Entwicklung) informiert den Ausschuss, dass in anderen Städten Parkplätze für Fahrräder in Parkhäusern bereitgestellt würden. Er bittet um Prüfung, ob dies auch in Mainz möglich ist.

Herr Beigeordneter Reichel sagt Herrn Kittler zu, dass die Parken in Mainz GmbH (PMG) wie auch Private seitens der Verwaltung dahin gehend angesprochen würden und zu gegebener Zeit ein entsprechender Sachstandsbericht erfolgen werde.

## **Punkt 9**            **Mitteilungen**

### Ergebnisse der Haushaltsbefragung "Mobilität in Städten - SrV 2008"

Herr Beigeordneter Reichel informiert darüber, dass die Ergebnisse bereits im letzten Park- und Verkehrsausschuss vorgestellt wurden. Wesentliche Aussagen zur Mobilität in Mainz wurden allgemeinverständlich für die Präsentation im Internet aufbereitet; eine umfassende Broschüre der aufbereiteten Ergebnisse stehe im Internet unter [www.mainz.de](http://www.mainz.de) zum Herunterladen bereit. Die Ergebnisse aus Mainz wurden denen anderer Städte gegenübergestellt.

### Geschwindigkeitsmessung in der Kreuzstraße (Mainz-Mombach)

In der Sitzung des Park- und Verkehrsausschusses am 10.09.2009 hatte Herr Bürgermeister Schüler Herrn Helm-Becker eine Prüfung des Geschwindigkeitsverhaltens der Verkehrsteilnehmer zugesagt. Es wurde daher eine Messung in Höhe der Einmündung "Am Mahnes" durchgeführt. Die mittlere Geschwindigkeit aller gemessenen Kraftfahrzeuge lag mit 47 km/h unterhalb der erlaubten Geschwindigkeit von 50 km/h. Der Anteil der Kraftfahrzeuge mit deutlich überhöhten Geschwindigkeiten im Bußgeldbereich von über 73 km/h war mit 0,4 % sehr klein. Zusammenfassend kommt die Abteilung Verkehrswesen des Stadtplanungsamtes zu dem Schluss, dass die gemessenen Geschwindigkeitswerte in der Kreuzstraße insgesamt als noch vertretbar zu bewerten und im Vergleich mit anderen Straßenabschnitten ähnlicher Verkehrsfunktion nicht auffällig sind.

### Sachstand Modernisierung und barrierefreie Gestaltung Bahnhof Römisches Theater

Bereits seit fast 10 Jahren liegen Planungen vor, den Bahnhof Römisches Theater gemäß den aktuellen Anforderungen zu modernisieren und barrierefrei zu gestalten (Aufzüge auf die Bahnsteige, möglichst niveaugleicher Einstieg, Blindenleitlinien etc.).

In der Abteilung Verkehrswesen des Stadtplanungsamtes werden zu diesem Zweck seit Jahren zweckgebundene Landesmittel "angespart". Ein Zuschussantrag konnte bislang aus unterschiedlichen Gründen nicht auf den Weg gebracht werden. Zwischenzeitlich haben sich wiederholt die Fördermodalitäten und die technischen Anforderungen seitens der Deutschen Bahn (DB) verändert. Aus diesem Grund liegen auch keine verbindlichen Erkenntnisse vor, ob die Stadt Mainz in der Lage ist, den städtischen Finanzierungsanteil aufbringen zu können. Auch ein Gespräch Anfang Mai im Verkehrsministerium er-

gab keine neueren Erkenntnisse. Anfang Juni ist ein erneuter Termin geplant, aus dem sich evtl. eine konkrete Perspektive ergeben könnte.

Neuer Rad-/Fußweg in Mainz-Laubenheim

Herr Beigeordneter Reichel informiert die Ausschussmitglieder, dass in Mainz-Laubenheim ein neuer Rad-/Fußweg (Spätherbst) geplant sei, der über die Firma Heidelberger Zement AG finanziert werden solle.

**Ende der Sitzung: 17:20 Uhr**

gez. Wolfgang Reichel

.....

**Wolfgang Reichel**

**Vorsitz**

gez. Michael Diehl

.....

**Michael Diehl**

**Schrifführung**

gez. Sabine Flegel

.....

**Sabine Flegel**

**Urkundsperson**

gez. Martin Kinzelbach

.....

**Martin Kinzelbach**

**Urkundsperson**